



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/139 - 22. Juni 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Sollen Unteroffiziere die Sündenböcke sein?	S.1
Kontaktaufnahme zwischen Taipeh und Peking	S.3
Vor dem Ende der Legislaturperiode	S.5
Volksaktie - zu den Akten gelegt	S.7

Konsequenzen für Minister Strauss

Von Helmut Schmidt, MdB.

Drei Wochen nach dem Unglück an der Iller will endlich der Oberbefehlshaber der Bundeswehr seine Dienstgeschäfte wieder aufnehmen. Er möge vor seinem Gewissen verantworten, dass er an der Trauerfeier für die fünfzehn Soldaten des 19. Luftlandcavallions nicht teilnahm. Er wird jedoch vor Parlament und Öffentlichkeit die Ursachen zu verantworten haben, die zu den Unfällen bei Kempten an der Iller, in Grafenwoehr und anderwärts geführt haben. Könnte er auf seiner Urlaubsreise diese Ursachen prüfen?

Nichts wäre bequemer und nichts gefährlicher, als eine Wiederholung jener Parole Heusingers am Unglückstage "die Schuld liegt allein bei den beiden Unteroffizieren, Offiziere sind nicht beteiligt". Nichts wäre sinnloser, als eine Wiederholung der Hinweise von Strauss auf die Möglichkeit der Befehlsverweigerung, die den neunzehnjährigen Rekruten an der Iller zur Verfügung gestanden habe.

Wenn schon der Stabsoberjäger Julitz die Gefahr nicht erkannte, wie sollten die seinem Befehl anvertrauten 28 Rekruten sie erkennen? Julitz wird verurteilt werden, obgleich ihm nur der kleinere Teil des Verschuldens trifft, denn er war seiner Aufgabe als Ausbilder genau so wenig gewachsen, wie jener andere unglückliche Unteroffizier in Grafenwoehr. Wie kam es dazu, dass man sie mit der Verantwortung für junge

Rekruten betraute, obgleich sie dazu offenkundig nicht oder noch nicht ausreichend vorbereitet, ausgebildet und befähigt waren? Dürfen wir sicher sein, dass sich solche auf Ausbildungsmängeln beruhenden Unglücke nicht wiederholen? Welche Konsequenzen für Auswahl und Ausbildung unserer Unteroffiziere will der Verteidigungsminister ziehen? Wie kam es zu dem Offiziersmangel in Kernten, obgleich jeder zwölfte Soldat der Bundeswehr Offizier ist? Welche Konsequenzen für die Offiziersstellenbesetzung will der Verteidigungsminister ziehen?

Wir haben lange und oft darauf hingewiesen, dass die Truppe nicht reif ist zur Aufnahme wehrpflichtiger Rekruten. Wir sind für höhere Bezahlung und den Bau von Verheirateten-Wohnungen eingetreten, damit ein Anreiz geschaffen werde für den Eintritt erfahrenerer, gereifter Unteroffiziere. Wir haben seit langer Zeit darauf hingewiesen, dass gegenwärtig das Unteroffizierskorps sich zu einer Achillesferse der Bundeswehr entwickeln muss. Will man jetzt endlich Konsequenzen ziehen?

Wir wissen, dass auch bei den Offizieren der Truppe Sorgen bestehen. Nur ein Teil von ihnen hat jemals die Durchführung einer Friedensausbildung sorgfältig erlernt. Heute will man die jungen Berufsoffiziere schon nach 14 Monaten Gesamtdienstzeit zum Leutnant/ernennen. Noch nie gab es zu Friedenszeiten einen solchen Leichtsinns. Will man das jetzt endlich ändern?

Wir müssen einen sorgfältigen Bericht über die Ausbildung der Ausbilder erwarten. Wir müssen erwarten, dass kein Soldat zum Unterführer ernannt oder wiederverwendet wird, der nicht neben seiner Waffenausbildung erfolgreich eine Unteroffiziersschule besucht hat. Niemand darf zum Offizier ernannt werden, der nicht 2 1/2 Jahre Ausbildung an Schulen und in der Truppe erfahren hat. Für die nächsten Jahre müssen alle ausbildungserfahrenen Offiziere aus den Stäben heraus und in die Truppe, damit die Truppe lernt, wie Ausbildung betrieben wird. Solange nicht die Gewähr für voll leistungsfähige Ausbilderkader aus Offizieren und Unteroffizieren geschaffen werden kann, solange dürfen keine zusätzlichen Rekruten mehr eingezogen werden - weder wehrpflichtige noch freiwillige.

Wir wollen nicht, dass uns ein paar unglückliche Unteroffiziere als Sündenböcke präsentiert werden. Kabinett und Verteidigungsministerium sollen endlich begreifen, dass man beim Aufbau einer Truppe nur Schritt für Schritt vorgehen darf. Die Truppe ist weder dafür da, das Prestigebedürfnis einer den Eindruck machtvoller Stärke anstrebenden Aussenpolitik zu befriedigen noch für einen hochzeitenden Minister Spalier zu bilden. Wenn ihre Aufgabe ernst gemeint ist, dann müssen wir ihr Zeit lassen.

* * *

- 3 -

Frieden mit Mao Tse - tung?

H.E.D. Die auf ihrem Insel-Exil Formosa residierende sog. chinesisches Nationalregierung sieht dunkle Wolken am Horizont der politischen Zuversicht auftauchen. Nicht nur der Misstrau des zahlungskräftigen amerikanischen Alliierten über die kürzliche ⁱⁿ Taipen erfolgten Ausbrüche eines an die Boxer-Aufstände gemahnenden Fremdenhasses beunruhigt Tschiangkaihek und seine Berater, auch auf der Insel selbst machen sich Vorgänge bemerkbar, die die vielgerühmte "innere Stabilität" des Regimes sehr in Zweifel ziehen.

Die Formosaner, die volkstumsmäßig sehr verschieden von den vor fast 10 Jahren ins Land gekommenen Festlandschinesen sind, sehen lieber Meute als morgen auf den Rücken der ungeliebten "Onkel"; die nur verzehrende, aber nicht produzierende Armee des Generalissimo lastet zu sehr auf den mageren Ernährungsreserven der Insel. Sogar der Ministerpräsident der formosesischen "Landesregierung" machte kürzlich seinem Unmut Luft, indem er erklärte, "nur" die Chinesen hätten sich an den anti-amerikanischen Demonstrationen beteiligt, nicht aber die "echten" Einwohner Formosas. Aber auch das national-chinesische Element zeigt deutliche Risse in der psychologischen und moralischen Struktur. Kein Wunder, denn auch der kleinste Beamte des Regimes merkt allmählich, dass die immer wieder in Aussicht gestellte "Rückeroberung" des Mutterlandes nicht stattfindet.

So konnte es nicht ausbleiben, dass auch bei den Travestien der Treuen der Gedanke auftauchte, ob man nicht ein Übereinkommen mit Maos kommunistischem China schliessen könnte, dass ihnen allen eine Rückkehr in Achtung und Ehren erlauben würde. Nicht von ungefähr versicherte Tschu En Lai, dass die "Mutter China" den auf Formosa lebenden Exilierten ihre versöhnliche Handreichung, ja dass sogar für Tschiangkaihek selbst ein ehrenvoller Posten bereitstünde. Zwar regierte das offizielle National-China heftig und negativ darauf, aber schon bald wurde es augenscheinlich, dass die Erinnerungen an die Waffenbrüderschaft zwischen Kuomintang und KP bei den Formosa-Chinesen auf fruchtbaren Boden fielen. Offiziere der National-Armee trafen sich in Hongkong und Macao mit Emissären Peking, um die Möglichkeiten eines Kontaktes zu prüfen. Sogar ein hoher Stabesoffizier aus der nächsten Umgebung des Generalissimo-unterrichtete Kreise sprechen vom jüngerem Sohn Tschiangs - war massgeb-

lich an der Kontaktaufnahme beteiligt.

Inwieweit Tschiangkaishek persönlich diese Dinge fördert, ist bis zur Stunde ungewiss. Nur weiss man aber, dass die Verärgerung der amerikanischen China-Lobby nicht nur auf die Vorgänge in Taipeh, sondern vielmehr auf das Wissen um die geheimen Kandle zwischen Formosa und Peking zurückzuführen ist. Der kürzliche Luftzwischenfall über chinesischem Boden ist ein zu offensichtliches Dementi, als dass ihm Glauben geschenkt werden könnte. Der Elba-Komplex des Regimes auf Formosa sucht seine Ventile. Denn alle Hoffnung auf eine glorreiche Rückkehr, d.h. auf die Rückkehr des Kuomintang-Regimes ist zu Ende. Warum also nicht seinen Frieden mit der Realität machen, ehe die Geschichte die Formosa-Chinesen vergessen hat? Dieses Denken nimmt immer mehr Überhand auf Formosa, vielleicht auch beifschiang.

* * *

Kein Gemeinsamer Markt ohne Befriedung Nordafrikas

Der belgische Aussenminister Larock wurde von einem Mitglied des Senats vor eine hochpolitische "Kleine Anfrage" gestellt. Der Senator hatte gehört, dass der tunesische Aussenminister Khamis Hajeri anlässlich der Überreichung der Beglaubigungsschreiben durch einen neu ernannten belgischen Gesandten in Tunesien ausdrücklich erklärt habe, dass an eine Beteiligung der nordafrikanischen Staaten am Gemeinsamen Markt ohne eine Lösung der algerischen Frage "nordafrikanischen Sinne nicht zu denken sei.

Aussenminister Larock bestätigte diese Auserung in einer schriftlichen Antwort. Der neue belgische Gesandte hatte bei Übergabe des Beglaubigungsschreibens darauf hingewiesen, dass er einen Staat vertrete, der an den Zustandekommen der Verträge von Rom stark beteiligt sei. Er betrachte es als seine Aufgabe, in Tunesien dafür zu wirken, dass dieses Land der Einladung zu einer Assoziation an den Gemeinsamen Markt der sechs Europastaaten nachkomme, die diese an das Land gerichtet hätten.

Der tunesische Aussenminister antwortete darauf jedoch ablehnend. Er wies darauf hin, dass Tunesien Teil einer "nordafrikanischen Gemeinschaft" sei, aus der dem Lande besondere Verpflichtungen erwachsen. Wörtlich schloss er: "Der schmerzliche Konflikt, der sich in Algerien abspielt, steht für uns in vorderster Linie, was uns nicht erlaubt, eine Zugehörigkeit der Länder Nordafrikas an den Gemeinsamen Markt Europas ins Auge zu fassen, solange die gegenwärtigen Auseinandersetzungen andauern."

* * *

Bonner Schlussgalopp

FB. Nachdem schon vorher Ausschüsse und Fraktionen getagt haben werden, wird der Bundestag am 26. Juni 1957 ein 9-Tage-Rennen von Plenarsitzungen aufnehmen, an dessen Ziel ihm gestattet werden soll, am 6. Juli 1957 tatsächlich in die Ferien oder besser gesagt in den Wahlkampf zu gehen. Koch nicht einmal Propheten oder Sterndeuter aber können heute mit Sicherheit voraussagen, dass dem tatsächlich so sein wird.

Dass der Bundestag wieder in eine so drückende Zeitnot gekommen ist, liegt nicht so sehr am Arbeitsstil des Parlaments, sondern am Verhalten der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion, die jahrelang alles schlürfen lassen, sich zu keiner Entscheidung aufraffen können und dann kurz vor Trosschluss aus wahl-propagandistischen Motiven wenigstens einen Bruchteil von dem nachholen möchten, was sie jahrelang versäumt haben.

Das gilt insbesondere für den Komplex der sozialpolitischen Gesetze, die vermutlich in der zweiten Arbeitswoche zur Beratung anstehen werden. Nehmen wir nur das Kindergeldgesetz. Seit drei Jahren weiss man, dass das bundesrepublikanische Kindergeldgesetz sowohl in den Leistungs- als auch insbesondere in den Aufbringungsbestimmungen eines der kompliziertesten und schlechtesten in ganz Europa ist. Bis zum letzten Tage aber hat die CDU die Entwirrung dieses Gesetzes aufgeschoben und was jetzt herauskommen soll, ist reines Propaganda-Futter.

Gewiss ist es erfreulich, dass das Kindergeld auf DM 30.- ab drittem Kind erhöht werden soll, aber am System ändert sich nichts und nach wie vor werden diejenigen, die einige wenige Morgen Land zu bewirtschaften haben, Beiträge zahlen müssen. Der sozialdemokratische Antrag, Kindergeld schon ab zweitem Kind zu gewähren, wurde natürlich abgelehnt; am bezeichnendsten dürfte sein, dass die Erhöhung des Kindergeldes erstmalig zum 1. September 1957 abgezahlt wird. Wenn hier nicht der Wahl-Hemd-Zipfel aus der Hose heraushängt!

Nicht anders ist es mit der Neuordnung der Unfall-Renten. Die CDU-Behauptung, dass eine Neuordnung der Unfall-Renten erst nach der Verabschiedung der allgemeinen Rentenreform möglich wäre, ist einfach unwehr. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der fast genau das gleiche Kurzgesetz in der Methode vorsah, ist immerhin fast 1 1/2 Jahre alt. Die CDU aber hat keine Hand gerührt, um auf diesem Gebiete vor-

anzukommen. Der Wahltermin steht und jetzt geht es auf einmal.

Auf wirtschaftspolitischen Gebiet ist in diese Kategorie der Wahl-Schluss-Gesetze die Kartell-Vorlage einzuordnen. Es ist anzunehmen, dass der Wirtschaftspolitische Ausschuss die Vorlage verabschiedet wird. Ein Gesetzentwurf, der durch Schuld der CDU und der Bundesregierung rund sieben Jahre verschleppt worden ist. Und nach diesen sieben Jahren verstärkt sich der Eindruck, dass dieser Gesetzentwurf nicht darauf angelegt ist, den freien Wettbewerb zu sichern, sondern mehr ein grober Maschendraht ist, der es den wettbewerbsfeindlichen Kartellen erlaubt, hindurchzuschlüpfen.

Es würde zu weit gehen, wenn man alle die wichtigen Gesetze aufzählen wollte, die noch in den letzten zwei Wochen verabschiedet werden sollen. Die Zeit zur Beratung wird ohnehin knapp genug sein.

Angesichts dieser Geschäftslage ist aber zu fragen, warum nun unbedingt am 4. Juli 1957 auch die Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom verabschiedet werden müssen. Der vom französischen Parlament genannte Termin für den Beginn der Debatte ist noch lange nicht sicher, Italien hat keine Regierung und Belgien und Holland haben ausdrücklich erklärt, dass sie erst Ende des Jahres zur Ratifizierung schreiten werden. Warum also wieder die bundesrepublikanische Filet-Stände nicht der Wahlkampf vor der Tür, dann würde man gewisse nicht so tun, als wenn das Leben und Sterben der deutschen Nation von der Verabschiedung dieser Verträge vor dem 6. Juli 1957 abhängt.

* * *

Das Zitat des Tages

"Grundsätzlich führt Altern zu gewissen Erstarrungen und Verkalkungen. Das bedeutet geringere geistig-seelische Beweglichkeit, geringere Ansprechbarkeit, Kopffähigkeit und Erlebnisfähigkeit des Gesichtsfelds wegen der beginnenden Abkapselung. Zuweilen verbindet sich die Erstarrung auch mit Erhebungserschütterungen: zu Halsstarrigkeit und Prinzipienreiterei. Automatismen treten auf, wo vorher elastische Reaktionen stattgefunden; bis in die Sprache hinein tritt das zutage."

(Aus dem Bericht der "Stuttgarter Zeitung" vom 19. Juni 1957 über die Ärztetagung für Medizinisch-Theologische Gemeinschaftsarbeit in Königstein.)

Geplatzter Wahlschlag

sp- Was ein Paradestück der CDU-Wahlpropaganda sein sollte, hat sich schneller als überhaupt erwartet werden konnte als ein Windei entpuppt, mit dem kein Staat zu machen ist. Stillschweigend lässt die CDU ihren so gross herausgestellten Gesetzentwurf über die Reprivatisierung des Volkswagenwerkes durch die Schaffung von Volksektien wieder in den Schubladen verschwinden. Nachdem einer der Väter dieses famosen Gesetzentwurfes, der Wirtschaftsminister Erhard, selbst "volles Verständnis" für die Haltung Niedersachsens zum Ausdruck gebracht hat, ist wohl mit gutem Grunde anzunehmen, dass damit das Todesurteil über einen Plan gesprochen wurde, der von seinen Initiatoren selbst nicht ernst genommen wurde. Nach der Geschäftsordnung des Bundestages verfällt ein Gesetzentwurf, wenn er nicht mehr beraten werden kann, am Ende der Legislaturperiode.

Das war natürlich den Einbringern dieses Entwurfes auch bekannt, ebenso wie sie wussten, dass das Land Niedersachsen als der von der alliierten Gesetzgebung bestimmter Eigentümer des Volkswagenwerkes seine Zustimmung zur Verschleuderung dieses Werkes verweigern musste. Dennoch scheuten sie sich nicht, den Wählern zu suggerieren, der kleine Mann habe dadurch die Chance, als Aktionär ein grosser Mann zu werden. Wenn im privaten Leben ein Mann etwas vorspiegelt, was nicht zutrifft, wenn er Geschenke verteilt, die ihm nicht gehören, so grenzt das hart an den Bereich des Kriminellen. Er kommt mit den Strafgesetzen in Konflikt. Anscheinend gelten für die grösste Regierungspartei nicht die Gesetze der privaten Moral, sie hält deren Übertretung für ein Mittel des politischen Kampfes. Allerdings hat sie darin einige Erfahrung. In Hamburg wurde das Ahlener Programm bekanntlich von der CDU in aller Form verbrannt, es besteht nur noch als geschichtliches Dokument eines "grossen politischen Betruges" - (so Erich Ollenhauer in Dortmund). Dieser Kernzeichnung einer politischen Haltung, die mit dem Vertrauen der Menschen spielt und Grundsatzklärungen fest über Nacht wieder fallen lässt, ist nichts hinzuzufügen. Sie trifft auch ^{auf} die Haltung der CDU in Sachen Volkswagenwerk zu.

Was wird nun an Stelle dieses geplatzten Wahlschlagers die grösste Regierungspartei als neues Blendwerk auf die deutsche Öffentlichkeit loslassen? Sicherlich ist noch einiges in dieser Richtung zu erwarten.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler